

Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Fax: 030/227-76533

Herrn Daniel Bahr MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Bundesministerium für Gesundheit
Friedrichstraße 108
10117 Berlin
Fax: 030 / 18441 – 1074

Cc zur Kenntnis: Bund freiberuflicher Hebammen Deutschlands BfHD e.V.
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt
Fax: 069/7953 4972

Sehr geehrte Frau Merkel, sehr geehrter Herr Bahr,

mein Name ist, ich arbeite freiberuflich als Hebamme und betreue in
Frauen bei Hausgeburten / Geburten im Geburtshaus. Nun allerdings zeichnet sich ab, dass ich
möglicherweise diese Tätigkeit in Kürze aufgeben muss. Die Prämien der
Berufshaftpflichtversicherung sollen im Lauf des Jahres auf einen Betrag ansteigen, der etwa ein
Fünftel meiner Bruttojahreseinkünfte ausmacht. Wenn dies geschieht, werde ich mir die Ausübung
meines Berufes schlicht nicht mehr leisten können und womöglich in die Arbeitslosigkeit abrutschen.

Lassen Sie mich die Situation kurz erläutern: als Freiberuflerin rechne ich meine Leistungen nach
einem Vergütungskatalog ab, der seit 2007 direkt mit den Krankenkassen verhandelt wird. Der
durchschnittliche Jahresumsatz meiner Berufsgruppe beträgt 23.300 EUR. Für meine
Berufshaftpflichtversicherung zahle ich zurzeit knapp 2.170 EUR, sie ist in den vergangenen fünf
Jahren um 50 % angestiegen. Nun ist die nächste Erhöhung der Versicherungsprämie auf 4.000 EUR
und mehr angekündigt – ein horrender Posten, den ich aus meinen Einnahmen nicht mehr bestreiten
kann. Diese Erhöhung steht im Zusammenhang mit den stetig wachsenden Möglichkeiten einer
verbesserten und ausgeweiteten medizinischen Versorgung von Neugeborenen nach
geburtshilflichen Komplikationen, bzw. den dadurch exorbitant steigenden Kosten.

Zwar hat der GKV als unser Verhandlungspartner einen Ausgleich der gestiegenen Kosten in Aussicht
gestellt, aber die bisherigen Verhandlungsergebnisse fangen noch nicht einmal die Defizite der
letzten Jahre auf. Ein Fünftel der Hausgeburtshebammen/Geburtshaushebammen hat aus diesen
Gründen bereits in den letzten Jahren ihre Tätigkeit aufgeben müssen. Es ist davon auszugehen, dass
weitere Hebammen mit außerklinischer Geburtshilfe desgleichen tun müssen und somit ein großer
Erfahrungsschatz und viel fundiertes Wissen über originäre Hebammenhilfe für junge Familien
verloren gehen wird. Das alles in einer Zeit, in der das Wohl der Familien immer deutlicher in den
Focus der Politik gerät. Hebammen waren von je her die fachkundigen und kompetenten
Begleiterinnen wachsender Familien und sollten es auch immer bleiben.

Ich habe Anfragen von schwangeren Frauen, die im Laufe dieses Jahres eine Hausgeburt / Geburt im
Geburtshaus planen. Bei den angekündigten Erhöhungen müsste ich jedoch erst einmal acht bis zehn
Geburten begleiten, allein um die Summe der Versicherungsprämie zu erwirtschaften. Was wird aus
diesen Frauen? Was wird aus all den Frauen, die ihr verfassungsgemäßes Recht auf die freie Wahl des

Geburtsortes nun nicht mehr wahrnehmen können, weil es in ihrer Umgebung keine Hebamme mehr gibt, die Geburten begleitet?

Meiner Berufsgruppe fehlt seit dem Übergang in die Selbstverwaltung 2007 praktisch jegliche nachhaltige politische Unterstützung. Geburtshilfe ist jedoch keine Exotätigkeit, sondern ein wichtiger Dienst an unserer Gesellschaft. Wir brauchen Ihre politische Hilfe, und wir brauchen sie jetzt, sonst wird es zu spät sein!

Freundliche Grüße von